Erscheint alle 14 Tage Mittwoch. Bez.-Schluß: Sonntag.
Monats-Abonnement für Oktober 0,30 ℳ u. Buchhdl.-Geschäftsgeb.
Anzeigenpreis: 4 zweispalige Petitzeile (Mindestmaß, ausgeschl.) 0,30 ℳ, einzelne Geschäftsanzeigen, Berufsanzeigen, Kaufgesuche, Angebote usw. die Zeile.

Der Schuhmacher

Verantwortlicher Redakteur: Otto Treitlich, Nürnberg.
Fernspr.-Anschl. 408
Verlandh. u. Redakt.: Nürnberg I, Eisenweinstraße 1, 1
Zahlungen: Postscheckkonto 3980 Expedition „Der Schuhmacher" Nbg.

Organ des Zentralverbandes der Schuhmacher
und Publikationsorgan der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Schuhmacher und verwandten Berufsgenossen

Nummer 43 (45. u. 46. Woche) — Nürnberg, den 14. November 1923 — 37. Jahrgang

Kampf oder Untergang!

Die fürchterliche Wirtschaftskrise, in die Deutschland hineingetrieben ist, hat ein Meer des Elends hervorgerufen. Der Wahnsinn der Goldmark-Kalkulation hat jede Stabilität der Preise vollends vernichtet und tagtäglich sich neu überstürzende Preissprünge hervorgerufen. Es ist soweit, daß der Arbeiter, selbst derjenige, der noch ohne Arbeitszeitverkürzung die ganze Woche fleißig schafft, mit seinem Arbeitslohn, bis dieser zur Auszahlung gelangt, sich kaum noch ein Stückchen trockenes Brot einkaufen kann.

Eigene Volksgenossen haben dieses Elend hervorgerufen. Es sind Deutsche die aus der gegenwärtigen Stunde höchster Not des Volkes noch Gold zu münzen verstehen. Deutsche, in deren Händen die Spekulation liegt, sind es, die auch heute noch und den billigsten Arbeitslöhnen den Profit abzuschöpfen verstehen. Es ist leider Tatsache, daß an dem Währungsverfall, der als unmittelbare Ursache unseres Wirtschaftselends in Erscheinung tritt, Deutschen selbst die Hauptschuld zuzuschreiben ist. Mit dem Augenblick, mit dem feige, von den Rechtsextremisten gekaufte, meuchelmörderische Buben den Staatsmann Rathenau niederstreckten, fing das Uebel an. Der moralische Staatskredit sank jetzt in die tiefsten Tiefen, als diejenen Rechtsextremisten sich soweit erstarkt glaubten, um nun gegen die Staatsgewalt offen in Auflehnung treten zu können. Der Mordversuch in den letzten Wochen seit dem rechtsextremistischen Vorstoß ist enorm und es ist sehr die Frage, selbst wenn die Regierung mit der gleichen Schneidigkeit wie in Sachsen gegen die Arbeiter-Hundertschaften, gegen die Reichsgerichtsfürst in Bayern vorgehen würde, ob das moralische Prestige Deutschlands in Währungsfragen wieder wesentlich gehoben werden könnte.

Durch die Vorstöße der rheinischen Separatisten und die Aufwertung des bayerischen Konfliktes ist die Sanierungspolitik der Reichsregierung direkt durchkreuzt und in ihr Gegenteil verwandelt worden. Das neue Geld, die „Goldanleihe", von der ein Aufsaugen der Papiermark erhofft worden ist, wurde zu einem Objekt der Spekulation, das weit über den amtlichen Kurs hinaus bewertet wurde. Der weitaus größte Teil der Stücke wanderte in die Hamsterkisten und die Tresors der Banken. Aus der angekündigten Stillegung der Notenpresse, die endlich eine Stabilisierung der Währung herbeiführen helfen sollte, wurde es nichts. Wenn man weiterhin zwanzig und mehr Trillionen Papiergeld täglich in den Verkehr wirft, dann schwindet jede Aussicht, daß diese Elendsquelle einmal versiegt wird, völlig. Die Lohn- und Gehaltsempfänger stehen vor der harten Tatsache, daß der Verarmungsprozeß noch weiter fortschreiten wird und daß das allerärgste Elend uns erst noch bevorsteht.

Gerade die miserable Lage wird von den politischen Rückschrittlern, den Nationalisten und Rechtsextremisten, weidlich ausgenutzt, um die politisch Verelendeten Massen für ihre Zwecke zu sich hinüberzuziehen. Ohne Zweifel hat die rechtsnationale Agitation in kapitalistischen Kreisen an Boden gewonnen. Die Masse der wirklich republikanischen Kräfte ist in die Abwehr gedrängt worden angesichts der schlappen Haltung der bürgerlichen Regierungsparteien gegenüber schwebenden politischen Erfordernissen. Die Sozialdemokratie hat sich genötigt gesehen, weil die bürgerliche Koalition einzelne republikanische Grundbedingungen nicht zu den ihrigen machen wollte, aus der Regierung auszutreten und in Opposition zu gehen. Die politische Entwicklung, die damit einen begleichenden Abschluß bekommen hat, haben Einsichtige vorausgesehen. Es ist nicht zu leugnen, daß nach der Revolution die Arbeitnehmerschaft politisch, wirtschaftlich und sozial von Jahr zu Jahr, von Monat zu Monat Terrain verloren hat und jetzt in eine verzweifelte Abwehrstellung hineingedrängt worden ist.

Einzelne Kreise auch in der Arbeiterschaft sind nun leicht bei der Hand, mit Vorwürfen gegen die Führer, die nach ihrer Meinung an dieser Entwicklung Schuld sein sollen. Es muß gesagt werden, daß bei diesen Kritikern der Blick für richtige Ueberlegung und das Erkennen bestimmter Realitäten fehlt, oder verloren gegangen ist. Das Bürgertum, gleich welcher Richtung, besinnt sich eben jetzt, daß es seit den letzten Wahlen die Mehrheit hinter sich hatte. Es erinnert sich der Tatsache, daß bei diesen Wahlen die Arbeiterparteien aller Richtungen noch nicht einmal fünfzig Prozent der Wählermassen auf sich vereinigen konnten. Scharfmacherische Kreise des Bürgertums fühlen sich an den Versuch zu machen, der Arbeiterschaft die Luftkunst für diesen Wahlausfall heimzuzahlen.

Die süddeutschen Rechtsreaktionäre haben sich einen bewaffneten Privatmilitarismus geschaffen, gegen den die Arbeiterschaft nur einen passiven Widerstand organisieren kann, denn der Arbeiter ist gezwungen, seiner ehrlichen Arbeit nachzugehen. Aber letzten Endes wird der Kampf gegen die jetzige Misere nicht durch Kanonen, sondern auf wirtschaftlichem Gebiete ausgetragen werden müssen. Die nordischen Deutschnationalen sind an Zahl nicht groß, aber sie hoffen darauf, daß ein Teil der übrigen bürgerlichen Gruppen umfallen wird, um eines Tages die von ihnen erträumte Rechtsdiktatur zu stützen. Einem übersonnten Gewerkschaftler braucht man es nicht zu sagen, was eine solche Rechtsdiktatur der Reaktionäre für die Arbeiterschaft bedeuten würde. Was diese Herrschaften unter dem von ihnen propagierten Kampfe gegen den Marxismus und gegen den norddeutschen Bolschewismus verstehen, kann man am besten schon daran erweisen, wie sie in Bayern direkt zur Sabotierung der Beschlüsse aufforderten und wie in Preußen die republikanische Säuberungspolitik von Severing mit ihren Schmutzkübeln bewerfen.

Die Arbeiterschaft ist heute das Opfer größter Not. Die Folge davon ist das Aufleben der Reaktion, daran ist nicht zu deuteln. Daß das aber ein Grund sein, sich hoffnungslose Verzweiflung hingegeben? Wir sagen: Nein! Der erwachende Lebenswille der Arbeiter muß diese lehren, die Situation klar zu erkennen und diejenige Kampfstellung zu beziehen, von der aus erfolgreich die Angriffe der Gegner abgeschlagen werden können.

Die Schwäche des Gegners liegt darin, daß das Sanierungsproblem nur wirtschaftlich gelöst werden kann und nicht mit Maschinengewehren. Ebenso wenig wie in Bayern ein Rahr wirtschaftlich die Dinge meistern kann, ebensowenig würde das eine Reichsdiktatur im Reiche fertig bringen können. Die Stärke der Arbeiterklasse beruht einzig darin, daß sie als wirtschaftlicher Machtfaktor auftreten kann. Ihr Erfolg wird allerdings von der organisatorischen Stärke abhängen. Der schwere Zweifrontenkampf der deutschen Arbeiterklasse, der gegenwärtig an sie herangetragen wird, besteht darin, sich den reaktionären niederreißenden Kräften entgegenzuwerfen und auf der anderen Seite die Bahn für den wirklichen Aufbau frei zu bekommen.

Das Zentralproblem der Außenpolitik ist die endliche Lösung der Währungsfrage. Was ist es denn im Grunde, was die Wirtschaftskrise hervorrufen, die Beziehungen zwischen Industrie und Landwirtschaft zerstört hat? Zwischen diesen beiden Produktionsgruppen hat sich das Spekulationskapital hineingeschoben, welches eine Menge Kräfte der produktiven Arbeit entzieht, welches ein fast absolut arbeitsloses Einkommen dem Umstande verdankt, daß es den Industriemenschen die Produkte der Landwirtschaft verteuert und daß es auf der anderen Seite durch unmäßiges Hinaufschrauben der Zinsfüße auch die Produktionskosten der Industrie steigert und deshalb wiederum den landwirtschaftlichen Wirtschaftskontrahenten gegen die Industrie aufbringt. Es ist eine Zirkelwirkung eines parasitären Spekulationskapitals, das sich ihre Gewinne in dem Verhältnisse steigern, in dem Deutschland und die Deutschen verarmen. Diese Gruppe, die daran schuld ist, daß die Volkssolidarität, die Voraussetzung für den Kampf um unsere Existenzgrundlagen immer mehr verschwindet, muß organisatorisch überwunden werden. Durch die Stabilisierung der Währung muß endlich den Inflationshyänen das Spekulationsobjekt entrissen werden.

Die Politik der Schwerindustrie muß weiterhin darauf gerichtet sein, daß man hineinleuchtet in die Kartelle und Trusts, die mit ihren Monopolpreisen ein schweres Verbrechen am deutschen Volkstheil begangen haben und es dahin brachten, daß wir die Weltmarktpreise zum Teil überschreiten, trotz der niedrigen Löhne. Gesetzt haben in diesen Zeiten der Not nur der Schieber, der Spekulant, der Parasit. Gedarbt hat der ehrliche Arbeiter im Kittel und im Gelehrtenrock.

Hinweg mit der Luftwirtschaft! Hinweg mit der Zinsknechtschaft und dort zugepackt, wo Kapital und Besitz leistungsfähig genug sind, herzugeben, was not tut. Heraus mit der Arbeitspflicht! Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen. Arbeitsfürsorge für den, der arbeiten will und kann! Soziale Hilfe für diejenigen, die am Wege liegen! Ins Arbeitshaus und Zuchthaus mit denjenigen, die für ehrliche Arbeit unfähig und zu verkommen sind!

Das wäre nicht nur proletarische Politik, sondern einzig die Politik, unter welcher allein der Wiederaufbau Deutschlands möglich ist. Kein Wunder aber, daß sich Kapitalistenkreise, die unter den heutigen Verhältnissen noch schwer verdienen (Stinnes und Konsorten) gegen eine solche Politik stemmen.

Die Arbeiterschaft hat sich im großen und ganzen viel zu sehr gewiegt in Sicherheit. Sie hat weites als schon seit vergangenen Jahren hingenommen. Sie hat den Tarifapparaten eine Lohnmaschine, die mit automatischer Sicherheit arbeiten müsse. Man vergaß zu schnell die Vorkriegszeit, wo der Achtstundentag immerhin noch ein entferntes Ziel gewesen ist, wo die Entlohnung der Frauen und Jugendlichen oft unter aller Würde war, wo wir mit Neid auf den Buchdruckerverband hinüberblickten, der sich einen Achtstundenvertrag, Arbeiterurlaub, Anerkennung der Organisation durch die Unternehmer erkämpft hatte.

Und jetzt sollen der Arbeiterschaft nicht etwa nur die Errungenschaften auf diesem Gebiete streitig gemacht werden. O nein, es geht um mehr. Unter der Bezeichnung der Währungskatastrophe, die die Industrie zum Erliegen gebracht hat, die Arbeiter dem Hunger überliefert hat, schicken reaktionäre Leute und sonstige bayerische Kreise sich an, gegen die Arbeiterschaft einen Vernichtungskrieg zu führen, der sie unter die Kulturstufe des japanischen Arbeiter herunterdrücken soll.

Sollen wir da beschämt stehen und nur zuschauen, wie man zu unserer Abschlachtung die notwendigen Vorbedingungen trifft? Nein! Weil es ein offenes Geheimnis ist, daß die Nationalisten es besser machen könnten, im Gegenteil, weil wir wissen, daß der Rechtsradikalismus hemmungslos alle Lasten dem bedrückten Proletariat aufbalien würde, unbekümmert ob Hunderttausende einmalig herbeiführungen, deshalb müssen wir uns sagen, daß wir als Arbeiter den Kampf mit aller Energie aufnehmen müssen, um obenauf zu bleiben.

Das ist die Situation, in der wir uns befinden. Das, was hinter uns liegt, verdient gar nicht den Namen Kampf. Die schwersten Kämpfe werden erst entbrennen, die Kämpfe um Sein oder Nichtsein werden erst an die Arbeiterschaft herangetragen werden. Die Frage ist, sollen wir da wie feige Memmen dem Gegner widerstandslos das Feld überlassen? Das kann und darf nicht sein. Unsere politische Vernunft und unser wirtschaftliches Gefühl sagen uns: wir müssen kämpfen bis zum Aeußersten! Die Notwendigkeit der Arbeiterpartei und der Gewerkschaften muß sich jetzt erst recht bewähren.

Das müssen wir bedenken. Die Gewerkschaft braucht jetzt Gewerkschaftsmitglieder, die in Zeiten der Gefahr unfostet zur Organisation stehen. Die politische Partei braucht Anhänger, von denen jeder als vollwertiger Kämpfer seinen Platz ausfüllt. Dann soll sich auch nicht etwa dem Irrtum hingeben, daß man annimmt, man brauche nur ein paar Tage Generalstreik zu führen und unsere Not ist damit zu Ende. Außer auf politischem Gebiet haben wir uns vorzubereiten auf einen zähen, andauernden, aber planmäßigen Kampf der Arbeiterorganisationen gegenüber dem Unternehmertum.

Es ist ein harter Kampf, der zu führen sein wird, aber es ist ein notwendiger Kampf. Er hat auch nicht davin bestehen, daß man von den Führern alles verlangt. Nein, jeder einzelne muß jetzt sein Bestes für die Bewegung hergeben. Die Leitungsvollmacht allein tut es nicht, so notwendig sie selbstverständlich ist. Jeder einzelne muß sich verpflichtet fühlen, in den Betrieben, in Vereinsversammlungen, in Verbandskreisen alles für die Sache getan zu machen, damit die Arbeiterschaft nicht wieder die Niederlage erleidet, als wie vor Jahren. Jeder muß dafür sorgen, daß der nationalistische Irrtum unter der Arbeiterschaft nicht Fuß fassen kann.

Die nationalistischen Rechtsextremisten sind noch lange nicht „das Volk", sie sind ein verhältnismäßig kleines, aber freches Häuflein. Der Arbeiterschaft muß jetzt eine Woche bewußt werden, die in ihrem Uebergewicht der Zahl verborgen liegt. Die Feinde der Arbeiterklasse, für sich zu schwach, füllen das ganz genau, sonst würden sie nicht um die Seele des Arbeiters ringen.

Das müssen wir bedenken. Die Arbeiterschaft kann gar nicht geschlagen werden, wenn sie zusammenhält und auf dem Posten ist. Wer dennoch Kleinmut und Verzweiflung an den Tag legen wollte, auf den würden die Worte Gottfried Kellers zutreffen:

> „Wer seine Hoffnung hat verloren
> Und höchlich sie verloren hat,
> Der wäre besser ungeboren;
> Denn lebend wohnt er schon im Grab."

Soweit ist es glücklicherweise noch nicht. Die deutsche Arbeiterbewegung ist unter schwierigen Kämpfen groß geworden. Sie hat sich gestählt im Kampfe. Deswegen wird sie, gestützt auf den Mut und die Tatkraft ihrer Mitglieder auf die Kampfbereitschaft und die Disziplin der Arbeitermassen auch diese Zeit der Kämpfe überwinden!

Internationaler Schuh- und Lederarbeiterkongreß in Dresden.

(Schluß.)

Auf die Wiedergabe des sehr instruktiven Referats des Kolleges Roug-Paris zu dem Thema „Die Verteidigung des Achtstundentages" muß hier des Raummangels wegen zunächst verzichtet werden, wie überhaupt aus dem gleichen Grunde der Bericht nur in eingeschränkter Form gegeben werden kann. Die Quintessenz, die Kollege Roug aus dem Stand der Dinge zieht, ist, daß die Arbeiterschaft eines jeden Landes alles für die Erhaltung des Achtstundentages einsetzen muß, denn schon heute arbeiten in manchem Lande die Unternehmer mit dem unrichtigen Argument, daß im Nachbarlande bereits der Achtstundentag praktisch nicht mehr in Wirksamkeit sei. Poulton-England berichtet über die dortigen Verhältnisse. Obschon zwei Millionen Arbeitslose zurzeit vorhanden seien, gäbe es auch dort Unternehmer, die wieder eine längere Arbeitszeit einzuführen wünschten. Diese Versuche hat die englische Arbeiterschaft bisher erfolgreich abgewehrt. In der Schuhindustrie sei an eine nochmalige Verlängerung der Arbeitszeit nicht zu denken. Sloor berichtet über Verhältnisse in der Schweiz. Die 48 Stundenwoche ist dort durch Zeitrigkeit geschützt; das Gesetz enthält aber eine Klausel, daß Unternehmer um Verlängerung einkommen können. Dafür haben sich die Unternehmer, sonderbarer Weise, gerade die Zeit der Krise ausgesucht und der Bundesrat hat ihren Wünschen entsprochen. Die schweizerische bürgerliche Presse schreit den Schuh nebel in die Welt hinein, daß in Deutschland der 8-Stundenschon durchbrochen sei. Die Großstreme Baly unterhält eine sogenannte Hauszeitung, die in dieselbe Kerbe haut. Diese Firma, die an Auslandsbie erwunen angeberer verdient, hat in der Krise hunderte von Arbeitern entlassen und jetzt noch Möglichkeit diese Plätze mit jungen Leuten besetzt, wobei die Löhne gewaltig gesenkt wurden. Auch die Organisation wurde brutal unterdrückt, sodaß die Kollegen mit schwerem Verstandenen zu rechnen haben, die aber überwunden werden müssen. Leg-Tschechoslowakei sprach auf den Umkauf, daß mit der erstrebten Verlängerung der Arbeitszeit durch die Unternehmer nur abzielen sei auf die Verstärkung der industriellen Reservearmee, um dann, umso besser die Arbeiter drücken zu können. Uebrigens sei zu bestreiten, daß es den Arbeitern physisch möglich sei, länger zu arbeiten, besonders noch der jahrelangen Unterernährung. Die 48-Stundenwoche allein entspreche nicht den berechtigten Forderungen der Arbeiter; es müßten Sicherungen getroffen werden, daß neben dem freigewordenen Samstag-Nachmittag die tägliche Arbeitsdauer nicht über Gebühr ausgedehnt wird. Als Ziel müsse ins Auge gefaßt werden, die tägliche Arbeitszeit direkt auf 8 Stunden zu beschränken.

Der Kongreß stellte sich einmütig hinter die von der schweizerischen Delegation eingebrachte Resolution: „Der internationale Kongreß der Schuh- und Lederarbeiter in Dresden protestiert gegen das reaktionäre Vorgehen der Firma Bally (Schweiz) zur Beseitigung der 48 Stundenwoche, die unverantwortlichen, die Lebenshaltung der Arbeiterschaft niederdrückenden Lohnreduzierungen, gegen den Bruch auf das Koalitionsrecht; der Kongreß fordert die gesamte Arbeiterschaft der Bally-Betriebe auf, durch einmütigen Eintritt in die Organisation gegen diese Vergewaltigung Front zu machen." Unter Zustimmung zum Referat Roug legte der Kongreß die Organisationen auf den Beschluß fest, den Achtstundentag nicht nur als Maximum anzusehen zu erhalten, sondern die Einführung der 44-Stunden-Arbeitswoche zu erstreben. Unbedingt sei weiter daran festzuhalten, daß die Wochenarbeitszeit unbeschadet des freien Samstagnachmittags auf alle 6 Arbeitstage zu verteilen ist.

Zu einer Gesundung hilfsbereiter internationaler Solidarität kam es durch einen Antrag des Genossen Roug, betreffend die internationale Unterstützung der streikenden Lederarbeiter in Annonay. Es handelt sich dort um einen bereits Ende Mai ausgebrochenen Lohnstreik; 700 Kollegen sind seit nahezu vier Monaten im Ausstand. Der Kampf hat somit einen Charakter angenommen, demzufolge laut Satzungen unserer Internationale er berechtigt ist, die internationale Solidarität anzurufen.

Als folge hieraus die Beschlußfassung über einige unwesentliche Aenderungen des Statuts, sowie die Festlegung der Beiträge für die angeschlossenen Landesorganisationen. Die Anträge zu Punkt 6 der Tagesordnung, Verschmelzung der lederarbeitenden Berufe zu Industrieverbänden betreffend, werden durch Ueberweisung zur Tagesordnung erledigt, da es nicht angängig erscheint, in dieser Frage, die eine Frage der Verständigung ist, einen Zwang auszusprechen.

Angenommen wurde sodann noch eine von seiten der französischen Genossen eingebrachte Resolution gegen die Ruhrbesetzung, sowie Militarismus und Kriegsgefahr. Die tschechoslowakische Landesorganisation berichtet, daß die Auflösungsverfügung noch nicht definitiv zurückgenommen sei. Obschon 4 Monate verstrichen seien, habe der provisorische Verwaltungsgerichtshof noch keine Entscheidung getroffen. Dem Verzweiflungsakt der tschechischen Behörden gegenüber, der in der Vorgehen gegen den Schuhmacherverband liegt, ermutigt der Kongreß seinen schon durch das Zentralkomitee der Internationalen Vereinigung ausgesprochenen Protest.

Der Kongreß stellte sich noch auf den Boden einer Anregung von der französischen Delegation, bezüglich Förderung der Welthilfssprache Esperanto. Die Anregung lautet: „Der Kongreß anerkennt, daß die internationalen Beziehungen vereinfacht und inniger gestaltet werden könnten, wenn eine einzige internationale Hilfssprache angewandt werden könnte. Den angeschlossenen Organisationen wird empfohlen, dieses Anzeigen eingehend zu sein und alle Bemühungen zu unternehmen, um auch den jugendlichen Arbeitern einen solchen Unterricht angedeihen zu lassen. Die zu propagierende Hilfssprache soll Esperanto sein."

Damit waren die Hauptpunkte der Tagesordnung erschöpft und es konnte zu den Neuwahlen des Zentralkomitees und des Sekretärs geschritten werden. Die Wahlhandlung ergab Wiederwahl der bisher tätigen Personen.

Mit einem Hoch auf die internationale Arbeiterschaft, insbesondere die Internationale der Lederarbeiter, wurde vom Vorsitzenden Roug die Tagung geschlossen.

(Berichtigung. Im zweiten Absatz der in der Nr. 39 der Schuhmacher mitgeteilten Bedingungen für die Aufnahme von Organisationen hat sich ein Fehler eingeschlichen insofern, daß es heißen muß, daß die angeschlossenen Verbände die selbstgegebenen „Satzungen" anzuerkennen und die Kongreßbeschlüsse zu achten haben. Irrtümlich heißt es an der betreffenden Stelle „Organisationen". D. R.)

Die Lohnverhandlungen.

Die Arbeitervertreter der Schuhindustrie sind bei den Verhandlungen am 1. und 2. November mit einer Forderung [illegible] Arbeitslohnsätze, aber prozentuale Aufwertung und Auszahlung am Termin der Auszahlung nicht durchgedrungen.

Zuletzt ist folgendes nach langen Verhandlungen, die sich am ersten Tage bis Mitternacht, am zweiten Tage bis nachmittags 4 Uhr dauerten, noch eine Lohnvereinbarung zustande, deren Ergebnis der Verbandsvorstand durch folgendes Rundschreiben bekanntgibt:

1. Der Mindestlohnzuschlag für einen männlichen Arbeiter mit über 21 Jahre in Ortsklasse I beträgt 0,40 Goldmark.

Darnach ergeben sich nach den Arbeitsjahren und nach der Zeitdauer der Orts-, Alters- und Berufszugehörigkeit folgende Mindestlohnsätze in Goldpfennigen:

Alter	Ortskl. I		Ortskl. II		Ortskl. III		Ortskl. IV		Ortskl. V	
	wl.	mbl.	wl.	mbl.	wl.	mbl.	wl.	mbl.	wl.	mbl.
über 21 J.	40	30	38,40	28,80	36,40	27,60	35,20	26,40	33,60	25,20
18—21 „	32	24	30,72	23,04	29,44	22,08	28,16	21,12	26,88	20,16
16—18 „	24	18	23,04	17,28	22,08	16,56	21,12	15,84	20,16	15,12
15—16 „	14	10,50	13,44	10,08	12,88	9,66	12,32	9,24	11,76	8,82
unt. 15 „	10	7,50	9,60	7,20	9,20	6,90	8,80	6,60	8,40	6,30

Die Umrechnung der berechtigten Grundlöhne, im Zeitlohn jeweilig wie im Akkord, in Goldlöhne findet nicht statt, daß diese Grundlöhne und Grundaufforderungen [illegible] 40 bleibt, wenn das bisherige Grundlohnverhältnis von 16 Mark mit der neuen Grundlohnsatz von 40 bleibt. Der Divisor „40" gilt für Zeitlohn wie auch Akkordlohnsätze und für alle Orts-, Geschlechts- und Altersklassen. Zum besseren Verständnis einige Beispiele:

Zeitlohn: Ein Arbeiter über 21 Jahre in Ortsklasse I hat den bisherigen Stundenlohn (in Papiermark) von 16 Mark. Dafür erhält der Arbeiter bekommt monatlich 30 Mark Grundlohn, wenn man den bisherigen Grundlohnsatz von 16 Mark mit der neuen Grundlohnsatz von 40 dividiert